

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

vom 12. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2025)

zum Thema:

Ausweitung der DNA-Analyse auf biogeographische Daten?

und **Antwort** vom 30. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Juli 2025)

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22896

vom 12. Juni 2025

über Ausweitung der DNA-Analyse auf biogeographische Daten?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Einem Bericht¹ von SPIEGEL Panorama vom 18. Mai 2025 ist zu entnehmen, dass die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sich für eine Ausweitung der Genanalyse bei der Kriminalitätsbekämpfung einsetzen. „Künftig sollen die Ermittler bei der Genanalyse auch die »biogeografische Herkunft« überprüfen können. Damit hätten Staatsanwaltschaften und Polizei bei der Fahndung nach unbekanntem Tätern künftig Hinweise, aus welcher Weltregion diese stammen. Die zwei süddeutschen Bundesländer wollen den Vorschlag bei der Justizministerkonferenz im Juni vorlegen.“²

1. Wie positioniert sich der Senat zu der Ausweitung der DNA-Analyse auf biogeographische Daten?
2. Hat die Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz die von Bayern und Baden-Württemberg eingebrachte Vorlage auf der JuMiKo unterstützt? Wenn ja, aus welchen Gründen? Wenn nein, aus welchen Gründen?
3. Wie wurde die Vorlage von den anderen Justizministern der Länder und dem Bundesjustizminister auf der JuMiKo beurteilt?
4. Was sind die geplanten praktischen Konsequenzen aus der der Vorlage?

Zu 1. bis 4.: Die Ausweitung der DNA Analyse auf biogeografische Daten war im Zusammenhang mit einem Beschlussvorschlag ein Thema auf der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 5. bis 6. Juni 2025 in Bad Schandau.

¹ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/dna-analyse-soll-herkunft-von-straftaetern-zeigen-koennen-a-5754fb55-90e9-466f-b882-77887751917c>

² Ebd.

Die Justizministerkonferenz (JuMiKo) ist ein ländergemeinsames Gremium, welches dem vertraulichen Meinungsaustausch und der gemeinsamen Willensbildung der Länder zu aktuellen justiz- und rechtspolitische Themen dient. Die Beratungen und das Abstimmungsverhalten einzelner Länder unterliegen grundsätzlich der Vertraulichkeit.

Vor diesem Hintergrund wird zu konkreten Einzelpositionen oder zum Abstimmungsverhalten des Landes Berlin sowie anderer Länder keine Auskunft erteilt.

Grundsätzlich steht die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz rechtsstaatlichen neuen Ermittlungsansätzen zur Aufklärung schwerster Straftaten aufgeschlossen gegenüber.

Berlin, den 30. Juni 2025

In Vertretung

Dirk Feuerberg
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz